

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Bestellschein wird beifolgend erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle längerer Abwesenheit, Streik, Auslieferung, Verweigerung der Postbehörden keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Altonaerstr. 14. Herausg. Nr. 2013 und 2014. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Kolonnenzeile 60 Pf., die 28 mm breite Meldezeile 50 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 4.— M., Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt 10. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 323

Mittwoch, 14. Juli 1920.

74. Jahrgang

### Sozialisierung des Bergbaues.

Zwischen aller unglücklichen Erfahrungen, die namentlich in den letzten Jahren mit den verstaatlichten Betrieben gemacht wurden, finden sich noch immer Sozialisierungs-Fanatiker, die sich berufen fühlen, für weitere Sozialisierungsversuche in der Öffentlichkeit Stimmung zu machen. Insbesondere ist es der Gedanke einer Sozialisierung des Kohlenbergbaues, der sich in den Köpfen einzelner Theoretiker, denen sachmännliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen fehlen, derzeit festgesetzt hat. Das er nicht mehr herauszuschlagen ist. Meist geschieht solche Propaganda ohne jede Beweisführung; mit wenigen Schlagworten glaubt man die Notwendigkeit der Sozialisierung des Bergbaues darzulegen zu haben.

Jüngst hat sich Carl Kautsky, Mitglied der U. S. P. und der Sozialisierungskommission, mit diesem Problem in einem von zahlreichen sozialdemokratischen Zeitungen veröffentlichten Artikel befaßt. Der Artikel hat großes Aufsehen erregt, weil K. in ihm im allgemeinen weitere Sozialisierungsversuche entschieden ablehnt, die nicht produktionsfördernd, sondern produktionshemmend wirken würden. In den Kreisen der U. S. P. ist diese Verurteilung an den Grundstufen der Partei der Ausfühler Kautskys verschiedentlich beantragt worden. K. schrieb u. a.:

„Sozialistische Produktion ist nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Abkehr von ökonomischen Dingen hat. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser dran, als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.“

Soweit zugehen die Ausführungen von einer erfreulichen Einsicht des unabhängigen Abwägers. Kein Unternehmer würde es mehr wagen können, gegen den Sozialismus anzukämpfen, wenn einmal einwärtig nachgewiesen würde, daß durch ihn die Erzeugung vermehrt und verbilligt würde. K. verläßt aber jede Logik, sobald er auf den Bergbau zu sprechen kommt. Er schreibt:

„Was aber nicht anführt, was immer mehr zuzunehmen ist die Ausbeutung der Massen durch die großen Monopolisten, namentlich der Bergwerke. Hier ist radikalste Sozialisierung schon jetzt am Platze, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Gesellschaft. Eine Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzt und die Kohlenförderung ausdehnt, würde die gesamte Produktion mächtig anregen.“

Ja, wenn die Sozialisierung des Bergbaues die Preise der Erzeugnisse verbilligen und die Förderung vermehren würde! Wenn durch Sozialisierung die Preise ermäßigt und die Produktion gesteigert würden, so wäre sie natürlich auch in jedem anderen Produktionszweig, in der Landwirtschaft, in der Elektrizitätsindustrie usw. am Platze. Da aber gerade durch die staatliche Verwaltung von Bergwerken bereits der Beweis erbracht ist, daß sie nicht die Produktion, wohl aber die Preise erhöhen würde, so darf sie hier unter keinen Umständen durchgesetzt werden. Weß Herr Kautsky nicht, daß die staatlichen Werke im Ruhrbergbau in den drei Kriegsjahren 1914—16 einen Verlust von 27,79 Millionen Mark zu verzeichnen hatten? Die Ergebnisse der folgenden Jahre sind noch nicht veröffentlicht. In Nr. 23 des Organs des Verbandes deutscher Bergarbeiter „Der Bergknappe“ wird der Verlust der Berginspektion im Monat April d. J. auf 16 Mill. Mark angegeben. Ob die Meldung zutrifft, sei dahingestellt. Eine solche Angabe wäre so unangehörig, daß man geneigt ist, die Richtigkeit der Angabe anzuzweifeln. Wo die Staatlichen Werke Ergebnisse erzielt haben, wie im Saarrevier, ist die Ursache nicht in der Art des staatlichen Betriebes zu suchen, sondern lediglich in der Tatsache, daß der Saarrevier, der in seinem Abgabebiet mit der Konkurrenz aus anderen Gebieten kaum zu rechnen hat, für fast sämtliche Kohlenarten von sehr wesentlich höherer Qualität genommen hat und andererseits seinen Arbeitern wesentlich geringere Löhne zahlte, als der Ruhrbergbau. Wenn schon heute bei der zur Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung anregenden Konkurrenz der privaten Werke so schwere Verluste zu verzeichnen sind, so würden diese bei Überführung des gesamten Bergbaues in das Staatsbesitzum sicherlich ins Ungemessene ansteigen werden. Entweder der deutsche Steuerzahler müßte die Kosten tragen, oder aber die Preise müßten gesteigert und die Löhne wesentlich vermindert werden.

Wenn nun auch die privaten Rechtsbesther, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Zeit, wo die staatlichen Werke so schwere Verluste erlitten, auf gleichen Löhnen und gleichen Kohlenpreisen Gewinne aufzuweisen hatten, so waren diese doch keineswegs derart, daß von einer Ausbeutung der Verbraucher, wie Kautsky sagt, durch die Bergwerksbesitzer gesprochen werden kann. Auch während des Krieges sind durchaus keine außerordentlich hohen Gewinne erzielt worden, die Überkäufe sind vielmehr nicht über das normale Maß hinausgegangen. Nach dem Kriege zählten die Preissteigerungen für deren Berechnung nicht die Zeichen, sondern letzten Endes das Reichswirtschaftsministerium verantwortlich ist, noch nicht einmal zur Wiederinbetriebung der heruntergewirtschafteten Anlagen des Ruhrbergbaues für 1919 fast durchgehend weit hinter dem Ergebnis des letzten Friedensjahres zurück und fiel bei weitem sogar ganz aus.

Angesichts der unglücklichen Ausfälle, die unsere staatlichen Betriebe zurzeit erleiden, ist es geradezu als eine Leichtfertigkeit zu bezeichnen, wenn in den Arbeiterkreisen immer wieder falsche Vorstellungen über die Zweckmäßigkeit der Sozialisierung erweckt werden. Erst vor wenigen Tagen ist bekannt geworden, daß die Reichs-Eisenbahnen 15 Milliarden Mark Fehlbetrag aufzuweisen hatten, dazu kommt

noch der Fehlbetrag der Post, der nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers Wirth in den Reichstagsverhandlungen vom 1. Juli auf 6,7 Milliarden zu schätzen ist. Bei solchen Verlusten ist es durchaus begreiflich, daß auch viele Arbeiterführer sich gegen jede weitere Sozialisierung ablehnend verhalten. So erklärte vor den Wahlen in einer Versammlung des deutschen Gewerkschaftsbundes Reichspostminister Giesberts nach einem Bericht des „Bergknappen“: „Ob man weiter Sozialisierungsversuche unternimmt, müssen die ältesten sozialisierten Betriebe, Eisenbahn und Post rentabel gestaltet werden.“ Und der sozialdemokratische Minister des Innern, Severing, der bekanntlich längere Zeit im Ruhrgebiet als Reichskommissar tätig war, führte in einer Rede nach einem Bericht der „Völkischen Volkswacht“ vom 11. Mai aus: „Wäre ich heute Wirtschaftsdiktator, würde ich es mir sehr überlegen, ob ich den Bergbau sozialisieren würde. Heute bedeutet Sozialisierung keine Erleichterung für unser Wirtschaftsleben, sondern unsere Volksgenossen müßten mit neuen Steuern belastet werden, um die Zuschüsse zu der Rentabilität der Betriebe zu geben.“ Andere bekannte sozialdemokratische Arbeiterführer haben sich wiederholt in ähnlichem Sinne geäußert. Es mag auch nicht unerwähnt bleiben, daß nach einer Meldung der „Times“ die russische Sowjetregierung weßes Förderung des russischen Bergbaues die Sozialisierung der Bergwerke schon im März 1920 angedacht hat.

Es ist tief bedauerlich, daß Mitglieder der Sozialisierungskommission, die der Reichsregierung Ratsschlüsse bezüglich Sozialisierungsmaßnahmen unterbreiten sollen, über die einschlägigen Verhältnisse so außerordentlich mangelhaft unterrichtet sind. Dieser Tag hat bereits eine durchaus falsche Berechnung der Überkäufe der Kohlenbesitzer, die von einem anderen Mitgliede der Sozialisierungskommission, dem Direktor des Staatlichen Amtes in Berlin-Schöneberg, Dr. Luczakowski veröffentlicht wurde, von amtlicher Stelle berichtet werden müssen.

### Die Wiederherstellung.

mz. Spa, 13. Juli.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet nach aus deutschen offiziellen Kreisen eingegangenen Erläuterungen, daß die Reichsregierung folgende Angaben über den Plan der Wiederherstellung und Zahlung machen werde: Entschädigungssumme von 50 Milliarden, zahlbar in 50 Jahresraten, von denen 20 Milliarden zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete bestimmt sein sollen, und in Naturalleistungen zahlbar sind.

### Einberufung der Reichstagsfraktion und des Geschäftsführenden Ausschusses.

Am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr treten im Reichstag die Reichstagsfraktion, sowie der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei zu einer gemeinsamen Beratung zusammen in der Annahme, daß bis dahin die Reichstagsfraktion im Besitze eines ausführlichen Berichtes über die Vorkänge in Spa oder in der Lage gewesen ist, mit den der Partei nahestehenden Mitgliedern eine persönliche Rücksprache gepflogen zu haben.

### Noch keine Antwort aus Moskau.

mz. Amsterdam, 13. Juli.

Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Spa: Bisher ist noch keine Antwort auf das von der englischen Regierung am Sonntag nach Moskau gesandte Telegramm betr. den Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen eingetroffen.

### Die Bolschewiken in Persien.

Spa, 13. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Teheran sind neue Sowjet-Truppen am Kaspischen Meere gelandet worden. Damit habe sich die Lage in Persien noch verschlimmert.

### Eine Ablenkung.

mz. Rotterdam, 13. Juli.

Wie aus Washington gemeldet wird, demontiert das Staatsdepartement die Pariser Meldung, wonach England die wichtigsten Staaten vorgeschlagen habe, nach Ablauf des japanischen Bündnisvertrages an dessen Stelle ein englich-amerikanisches Bündnis zu schließen.

### Was Cox verspricht.

Washington, 13. Juli.

Die Zeitungen veröffentlichen eine Erklärung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox wonach er, um das den Soldaten gegenüberstehe Wort zu halten, für die Ratifizierung des Friedens- und Völkervertrages, einschließlich des Art. 20 einzutreten wird, unter folgenden Vorbedingungen: 1. Unterzeichnung eines Protokolls, wonach die Mächte erklären, sich einzig zur Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuschließen. 2. Eine Erklärung zu Händen der Völkerverbundmitglieder, daß sich der amerikanische Kongress das Recht der Kriegserklärung vorbehalte, und daß ein Einspruch des Völkerverbundes von den Vereinigten Staaten nur insofern angenommen werde, als er nicht gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten verstoße.

### Große wirtschaftliche Pläne der Stadt Köln

Vor der Kölner Studentenschaft entwickelte Oberbürgermeister Akenauer die Pläne, die er zur Hebung Kölns ins Auge gefaßt hat. Akenauer erkennt ohne weiteres an, daß viel Dagemut und Optimismus dazu gehört, im gegenwärtigen Augenblick so weit ausgreifende und kostspielige Projekte zu betreiben; er hält dem aber entgegen, daß ohne diese beiden Eigenschaften der Wiederaufbau Deutschlands überhaupt nicht möglich sein werde, und daß jetzt für Köln eine Gelegenheit gegeben sei, die man sie sobald nicht wieder erwarten könne. Die Ausfälle Kölns seien in einer Reihe von Faktoren begründet; der Friedensvertrag erhöhe durch die Begünstigung Antwerpen und Rotterdam gegenüber Hamburg, durch die Internationalisierung des Rheins, sowie durch die geplante Anlegung des Rhein-Raas-Schelde- und des Rhein-Main-Donau-Kanals die Bedeutung der Rheinkraße ganz außerordentlich; er stelle speziell Köln die Aufgabe, Antwerpen und Rotterdam nicht zum Marktplatz für Westdeutschland werden zu lassen, sondern sich selbst zu einem Umschlag- und Stapelplatz großen Stils zu entwickeln. Im einzelnen plant Akenauer folgenden: die Anlegung eines neuen Handelshafens, der 128 Hektar groß werden und dessen erste Etappe 116 Millionen Mark kosten soll; die Schaffung von Industriegebieten mit Wasser- und Bahnanschluss im Umfang von 400 Hektar, wobei die Kosten des ersten Bauabschnitts auf 58 Millionen Mark veranschlagt sind; die Errichtung neuer Wohnungen und eines neuen Geschäftsviertels mit einem neuen großen Bahnhof; schließlich die Anlegung eines großen Wald- und Wiesengürtels auf dem 40 Kilometer langen bisherigen Nonnengürtels, das durch die Aufhebung der Festung Köln frei wird. Vorbereitende Schritte für alle diese Unternehmungen sind seit einiger Zeit im Gange; demnächst werden der Stadtverordnetenversammlung die ersten Vorläufe hierüber vorgelegt.

### Maßregelung wegen Streifbruchs.

Eine wichtige Entscheidung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Neu-Köllner Magistrat hatte einen Teil der schiedlichen Vorkämpfer angeklagt, die in den Kapp-Tagen, trotz der Aufforderung zum Generalstreik, weitergearbeitet hatten nach dem mit dem Angeklagtenausich geschlossenen Vereinbarungen wegen Streifbruchs zum 30. Juni 1920 gekündigt. Der Verband der weißlichen Gewerkschaften und Bureauangehörten Berlin und der Deutschen Gewerkschaftsbundverband legten gegen den Magistrat Neu-Köln beim Schlichtungsausschuss für Groß-Berlin Beschwerde ein, nachdem der Angeklagtenausich den Einspruch gegen die Kündigung unbeachtet gelassen hatte. Der Schlichtungsausschuss hat die Kündigung aufgehoben und dem Magistrat aufgegeben, die Beschäftigten über den Entlassungszeitpunkt hinaus weiter zu beschäftigen. Aus den Gründen der Entscheidung sind folgende Ausführungen hervorzuheben: Es handelt sich um eine Arbeitsverletzung von grundsätzlicher Bedeutung, um die Frage, ob der Arbeitgeber (in diesem Falle der Magistrat) durch den Angeklagtenrat gezwungen werden kann, Arbeitnehmer zu entlassen, die in Erfüllung ihrer Arbeitspflicht während eines politischen Streiks weitergearbeitet haben. Der Schlichtungsausschuss hat auf Grund des § 6 des Betriebsrätegesetzes diese Frage verneint. Der Angeklagtenrat hat die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer zu wahren, ganz gleich, welcher politischen Partei oder Gewerkschaft sie angehören. Ein Angeklagtenrat, der sich dieser Pflicht entzieht und darüber hinaus sogar die Entlassung von Angeklagten wegen ihrer politischen Betätigung veranlaßt oder unterstützt, untergräbt das Vertrauen der Angeklagten an den gesellschaftlichen Einrichtungen, die zu ihrem Schutze getroffen sind, und damit auch die Grundlage, auf der die Betriebs- und Angeklagtenräte errichtet sind. Die Kündigung der arbeitswilligen Bureauangestellten widerspricht den Absichten des Gesetzgebers. Sie stellt sich weiter als eine unbillige Härte dar. Unter diesen Umständen ist der Schlichtungsausschuss einstimmig zu der Ansicht gelangt, daß die Kündigung unberechtigt war.

### Rücktritt des Oberbürgermeisters Rive.

Halle a. S., 7. Juli.

Der Oberbürgermeister Rive, dessen hervorragende Tätigkeit als Verwaltungsbeamter von allen Seiten anerkannt wurde, ist durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung (33 sozialistische gegen 30 bürgerliche Stimmen) zum Rücktritt gezwungen worden. Der Ortsverein der deutschen Volkspartei Halle nahm hierzu in folgender Entschließung Stellung:

„Die Deutsche Volkspartei erhebt nachdrücklich dagegen Einspruch, daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer jetzigen Zusammenstellung beschließen, dem in verdienten Beamten zum Rücktritt zu zwingen, dem in seiner amtlichen Führung kein Vorwurf gemacht werden kann. Dieser Beschluß verstößt gegen die Grundlagen des Beamtenhandes. Die Deutsche Volkspartei erwartet, daß die Stadtverordnetenversammlung über die für das Wohl der Stadt entscheidende Frage des Rücktritts des Oberbürgermeisters Rive erst dann entscheiden, wenn sie durch Neuwahlen der wirklichen Stimmung der hiesigen Bürgerschaft angepaßt werden ist.“

Aus dem Reiche.

Der Reichstag.

Der Reichstag wird voraussichtlich vom 28. Juli bis zum 1. August wieder verhandelt sein.

Die russische Vereinigung hatte für gestern Abend in der Berliner Universität Vorträge von Professor Nikolai und dem Abg. Ledebour veranstaltet.

Ausschreitungen in der Dresdener Markthalle. Nach einer Meldung aus Dresden kam es dort in der Markthalle infolge der hohen Kartoffelpreise zu Ausschreitungen der Käufer.

Umsormung der Sicherheitswehr. Berlin, 13. Juli. Am 14. Juli werden sämtliche Oberpräsidenten und Leiter der Sicherheitspolizei bei Minister Covering zu einer Besprechung über die Umsormung der Sicherheitswehr zusammengetreten.

Die bayerischen Sozialdemokraten. Die bayerischen Sozialdemokraten haben den übrigen Landesparteien schriftlich mitgeteilt, daß sie sich an der bayerischen Regierungsbildung nicht beteiligen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 14. Juli.

Todesfall. Beigeordneter Darius Boramann beklagt den Tod seiner Mutter, der Witwe des Professors Dr. Boramann.

Die Bäder-Verwaltung veröffentlicht in der vorliegenden Nummer ihre am 1. Juli d. J. in Kraft tretenden Bäderpreise.

Stiftung des Gewerbevereins. Von der Ansicht ausgehend, daß die Zukunft unseres Volkes nicht nur von der intensiven Arbeit, sondern besonders auch von der Qualität der Arbeit abhängt, und daß demzufolge die Ausbildung des Handwerkerhandes in jeder Weise gefördert werden muß.

Ein erhöhter Jugendschutz in körperlicher und geistiger Hinsicht wendet man zuerst seitens der städtischen Verwaltung in Mainz besonderes Interesse zu. So ist zunächst die Schaffung eines besonderen Jugendamtes geplant.

Erlebtes.

Ein jedes Volk muß in seiner Fühlung mit seiner Vergangenheit bleiben.

Der Weg politischer Entwicklung ist konservativer Anpassung, Umwandlung alter Gewohnung in neue, Benutzung alter Mittel für neue Zwecke.

Eine freie Neuerung kann nicht gedeihen, wenn sie die Traditionen ihrer Geschichte aufgibt.

Aus: „Der Staat“ von Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Dienstpflicht auf dem Lande. In Hamburg ist eine Vereinigung gegründet worden, die an Stelle der militärischen Dienstpflicht eine „Arbeitspflicht“ auf dem Lande für alle Dienstjahrgänger fordert.

Preise in Frankfurt. In Frankfurter Blättern wurden am 12. Juli angegeben: Prima holl. Gouda-Reste 1/4 Pfund 350 M., große Cabibou 2 R., kleine 1.50 R., Nordsee-Cabellische 1-Pfundig 2 R., Angellische 250 R.

Hoteldiebstahl. Am 8. Juli wurde aus einem hiesigen Hotel gestohlen: Eine goldene Armbanduhr für Damen.

Zigaretten-Diebstahl. In der Nacht vom 9. zum 10. Juli wurden aus einem Zigarettengeschäft in der Bleichstraße Zigaretten folgender Herkunft gestohlen: „Graf Rodenburg“, „Alexandria“, „Cafino“, „La Carma“, „Ernt“, sowie diverse Sorten Zigaretten.

Standesamtsnachrichten vom 13. Juli. Sterbefälle. Am 10. Juli: Ehefrau Anna Volz, geb. Joss, 60 Jahre.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Staatstheater.

„Tristan und Isolde“ von Rich. Wagner.

Man kann es jetzt in allen Blättern lesen wie es erst neuerer gelehrter Zeit vergangen war, in fesselvoller Offenbarung alles Geistigen, im „Expressionismus“ die eigentliche Ausdruckskunst zu finden.

was so in ekstatischem Rausche, unter diaphanen Sonnen und Schmerzen geboren war, das gewann schon im Entfalten Form und Gestalt, alles Chaotische des leidenschaftlichen Gefühls wurde geordnet, geordnet, geordnet, geordnet.

Auch jetzt noch wo das einst Unverständliche, Verpöchtete sich uns in wundervoller plastischer Klarheit entblüht, sollte ein solches Kunstwerk vor jeder Entweihung bewahrt bleiben.

Dank vor allem der wundervollen Leistung Herrn Rother's, der dem ganzen Werke den echten Bayreuther Geist einhauchte, trennend der großen feststehenden Tradition folgend und doch frei und eigenartig gestaltend.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Wiesbaden, 13. Juli. Eine scharfe polizeiliche Ueberwachung des Rheinromes ist jetzt von hier aus gegen die immer dreister auftretenden Raubpiraten und die Lebensmittelschieber seitens der Schiffabzugsabteilung Mainz eingerichtet worden.

Mittelheim, 13. Juli. Rheingauer Sängerbund. Am Sonntag Mittag versammelten sich im Rhythmannschen Saale 22 rheingauer Gesangsvereine mit über 700 Sängern zwecks Begründung eines Rheingauer Sängerbundes.

Jubilat!

Roman von Margaret Faub.

(47. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ein Monat verging — schon wurde es Sommer. Kläre sah mit dem Kinde unter Sonnenblumen und Rosen im Garten, das Kind lachte in die Sonne hinein.

Als sie es eines Tages nicht mehr ertrug. Sie wurde so dem Schwirer Brunn, dessen Namen sie auf den Briefen in Albin's Schreibmappe gefunden hatte.

Sie wartete eine halbe Stunde im Treppengang des Gasthauses... die Kellner warfen seltsame Blicke auf sie — es gingen so viele aufgeregte Menschen aus und ein — eine Unruhe erfüllte das ganze Haus.

Am nächsten Tag stand Karl Matthias vor ihr, als sie noch dem Kinde durch die Tür ihres Zimmers auf den Fluß schaute.

„Kläre, du hast ein Gesicht, dann umklammerte sie seinen Arm: „Du weinst etwas? Du weinst, wo Albin ist?“ — „Ja, es — sag es sofort — ich warke mit so furchtbarer Angst.“

„Karl Matthias sah trotz seiner Bedrücktheit mit Erstaunen auf Kläre. „Doch, sie wirklich so viel von ihrem Mann? Was das doch nicht nur ein Selbstbetrug von Albin?“

„Er hätte etwas in sich warm werden, was Albin gewesen war — langsam zog er sie zu einem Stuhl: „Albin ist zurückgekommen — er ist bei Berthold, Kläre, und ich komme zu dir, damit du ihn hast.“ — „Er ist krank.“

„Albrecht schrie nicht auf. Sie fragte auch nicht; es war, als habe sie um das Unheil gewußt und erfahre nun seine Bestätigung.“

„Und die Konzerte?“ fragte sie endlich. „Du weinst noch nichts davon?“ — „Nun, geriet Karl Matthias aus der Fassung. „Du hast nicht Bescheid von dem Zusammenbruch des Gastwirts Brunn, und weinst nicht, daß

Albin allein mit den Kosten bestand? Mit solchen Summen, wie er sie nie aufbringen konnte? — Komm, Kläre, ich will dir alles erzählen, nur komm gleich mit! Albin braucht uns — es geht ihm nicht gut.“

Kläre rannte hinaus. Sie hatte ihre Sachen zusammen — die Wärrerin, die sie gepflegt hatte, mußte in Eile herbeigeholt werden — ihr übergab sie das Kind und ihr Haus. Das Kind schlief und Kläre weckte es nicht. Sie hätte sich nur über das kleine Kind, aber ihre Gedanken flüchteten weit hinaus zu ihrem Mann... das Kind entschwand plötzlich ihrem Bewußtsein...

Dann fuhr sie mit Karl Matthias fort. „Erzähle!“ forderte sie in Hoff, als sie im Zuge sahen. Mit fest geschlossenen Händen, die sie in den Schoß senkte, wie um sie festzuhalten und Beherrschung über sich zu gewinnen, hörte sie zu.

„Als die Nachricht von Brunn's Zusammenbruch Albin erreichte, soll er zuerst nicht einmal begriffen haben, um was es sich handelte.“ erzählte Karl Matthias — „Albin war ja schon als Kind ein Träumer und ein in Weltlichen vertanenes Kind, ganz kindlicher Mensch ist er wohl immer geblieben.“

„Als er zuerst nicht einmal begriffen haben, um was es sich handelte.“ erzählte Karl Matthias — „Albin war ja schon als Kind ein Träumer und ein in Weltlichen vertanenes Kind, ganz kindlicher Mensch ist er wohl immer geblieben.“

„Er hat Ratgeber gesucht, Albrecht hat ihm gesagt, er solle fortziehen, und für die alten Kosten aufzukommen.“

„Er hat es nicht getan. Er liebte diese Musiker — sie waren ihm tief gewesen. Er sah, daß sie alle ohne Verbindung, nur höchstens noch mit dem Reichsgeld verleben, nach Hause kommen würden — er hatte alle Vorschläge von sich gewiesen.“

„Und dann,“ fragte Kläre atemlos — „was hat er dann getan, Karl Matthias?“

„Er hat sie alle ausbezahlt. Mit dem Gehalt bis zum Herbst, das sie von dieser Fahrt erwartet hatten...“

„Aber Karl Matthias — er hat doch kein Geld — — wie hat er das gemacht, Karl Matthias?“

„Er hat es sich geliehen, Kläre,“ erwiderte Karl Matthias schwer, „er hat hier in der Stadt lesergraphisch Geld geliehen, hat alles ausbezahlt bis auf den letzten Pfennig — und hat gesagt, es sei seine Pflicht.“

„Das ist Wahnsinn — Tollheit — — es ist eine Sünde, Karl Matthias!“

„Ja, vielleicht...“ der erste bogere Mann sah über Kläre hinweg zum Fenster hinaus — „vielleicht ist es Selbstentwurf. Wie du es nennen willst. Ich weiß nicht, was ich selber getan hätte — aber Albin mußte es tun — er konnte nicht anders — und Vater hätte ihn darum geliebt, das weiß ich —“

Kläre hörte nicht mehr zu. Ein wildes, böses Schluchzen schüttelte sie — unverhändliche Aufregung schloßerte sie hervor gegen Albin's Tat, ein wildes Jammern folgte —

„Und ich — und sein Kind? — er hat nicht an sein Kind gedacht — er hat es vergessen — warum habe ich ihn nicht lassen? — Nun hat er alles vergessen aber seiner närrischen, verrückten — — seiner dunklen Musik...“

Sie fuhr zusammen: Karl Matthias hand vor ihr und umschloß mit einem eisernen Griff ihr Handgelenk. Seine sonst so ruhigen Augen funkelten vor Zorn.

„Du weinst nicht, wozu du sprichst, Kläre! — Du tust ihm Unrecht. Du bist eine Künstlerin und schwächst seine Kunst? — — Aber nun komm: sei still — meine doch nicht... Albin ist krank... Du darfst jetzt nicht an dich denken.“

Kläre wollte ihm die Hand entziehen, wollte entgehen — Zorn, Weh und eine entsetzliche Hilflosigkeit überfiel sie wieder; aber sie wurde still unter Karl Matthias' Blick. Vor diesen Augen mußte sie sich schämen. Still und wortlos weinte sie in ihr Tuch.

Karl Matthias wagte ihr nicht mehr zu sagen, wo sie Albin gefunden hatten. Er wich diesem Schwerten aus — vielleicht, daß der Arzt leichter Worte fände für diese erregte Frau... (Fortsetzung folgt.)

Rüdesheim, ein weitbekanntes Rheinflößchen, gemäßigt. Ein des Bundes ist Rüdesheim. Alljährlich soll ein Bundesfest stattfinden mit Bewerungskämpfen...

Dermisfiches.

Die Festung Bormersheim geschleift. Die letzte Festung der Pfalz, die Rheinseite Bormersheim, fällt jetzt auch dem Verfall der Vertrag zum Opfer...

Aus der Weidmannsprache. Eigenartig sind die Bezeichnungen für Wildschweine oder Schwarzwild. Das männliche Wildschwein heißt Keiler...

nannt) scheuern. Die Jagd auf Schwarzwild ist nicht ungefährlich, der grimme Dase gilt als edles, wehrhaftes Wild.

Sport.

h. Wettschwimmen. Nachdem der Turnan Süd-Rhassau seine großen Wetturnen beendet, findet am 2. Juli zwischen Eltville und Niedermall ein großes Schwimmsfest des Gauses statt...

Volkswirtschaft.

Industrie.

Inszen von Verzelins mit Metallhütte A.G. Duisburg. Die Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Gütten-A.G. Verzelins beabsichtigt die Verschmelzung mit der Metallhütte A.G. Duisburg...

Genossenschaftswesen.

Landwirtschaftliche Genossenschaftswesen für Deutschland. In der am 8. Juli in Potsdam stattgefundenen Generalversammlung erkrankte Generaldirektor Geheimrat Dietrich den Jahresbericht...

Dividende von wieder 5 Prozent. Die Generalversammlung stimmte dem Antrag auf Verdoppelung des bisherigen Kapitals von 20 Millionen Mark zu.

Berliner Börse.

Table with columns for stock prices and exchange rates. Includes entries for Deutsche Erdöl, Deutsche Lignitwerke, and various foreign currencies.

Table with columns for gold and silver prices. Includes entries for Holland, Brasilien, and various metals.

Geschäftsleiter: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche u. ausländische Politik: B. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung u. Volkswirtschaft: F. v. G. Ullrich...

Advertisement for 'Stoss Nachf.' and 'Bruchbänder' by Max Helfferich Taunusstr. 2. Includes contact information and a phone number.

Large advertisement for 'Frau Elise Borgmann' announcing her death. Includes details about her life, family, and funeral arrangements.

Advertisement for 'Schwarze Kleider' and 'Blumenthal'. Lists various clothing items and offers elegant tailoring services.

Advertisement for 'Obst-Einkochkessel' and 'P. J. Fliegen'. Promotes kitchenware and insect control products.

Advertisement for 'Grabdenkmal u. Friedhofs-Kunst' in Wiesbaden. Offers services for grave monuments and funeral arrangements.

Advertisement for 'Elektrische Kochtöpfe' by 'Flack'. Promotes electric cooking appliances.

Advertisement for 'Fräulein' and 'Nervosität Schwäche'. Offers health and beauty services.

Advertisement for 'Stempel' and 'Nervosität Schwäche'. Promotes stamp services and health products.

Advertisement for 'Sonnenberg' and 'Nervosität Schwäche'. Promotes health products and services.

Large advertisement for 'Öffentliche Mahnung' (Public Notice) regarding the National Bank of Nassau and various legal matters.

